

Sie wollen den Newsletter abonnieren? Einfach [klicken](#) oder im Netz unter www.bsw-fraktion-sachsen.de/#newsletter

Newsletter 1/2026



Neues Jahr, neues Glück – nach diesem Motto starten auch wir in der BSW-Landtagsfraktion in ein neues Jahr. Wobei wir in Bezug auf unsere parlamentarische Arbeit weniger auf Glück, sondern viel mehr auf eine gemeinsame Strategie, Teamarbeit, Kompetenzen und Fachexpertise setzen werden. Dieser (Fraktions-)Newsletter wird ab sofort regelmäßig Einblicke in das Wirken der BSW-Fraktion im Sächsischen Landtag geben.

In dieser und folgenden Ausgaben werden außer ausgewählten Pressemitteilungen zu wichtigen Fraktionsaktivitäten vor allem Informationen zu parlamentarischen Initiativen, fachpolitischen Themen, Plenarsitzungen und dem Alltag im Landtag im Fokus stehen. Dafür berichten ab sofort meist die Abgeordneten selbst aus ihrem Arbeitsalltag als Mitglied des Landtags oder erläutern aktuelle Debattenschwerpunkte aus ihrem Fachbereich. Anlassbezogen werden wir zukünftig auch aktuelle Entwicklungen innerhalb der Fraktion, Rückblicke, Ausblicke und richtungsweisende (Personal-)Entscheidungen thematisieren.

Summa summarum: Eine Vielzahl an Informationen soll Transparenz genau dort schaffen, wo ein Blick über die Schulter im parlamentarischen Geschäft leider nicht so einfach möglich ist. Für alle weiterführenden Informationen legen wir Euch unseren Internetauftritt unter www.bsw-fraktion-sachsen.de ans Herz und empfehlen auch einen Blick und Klick auf unsere Accounts in den

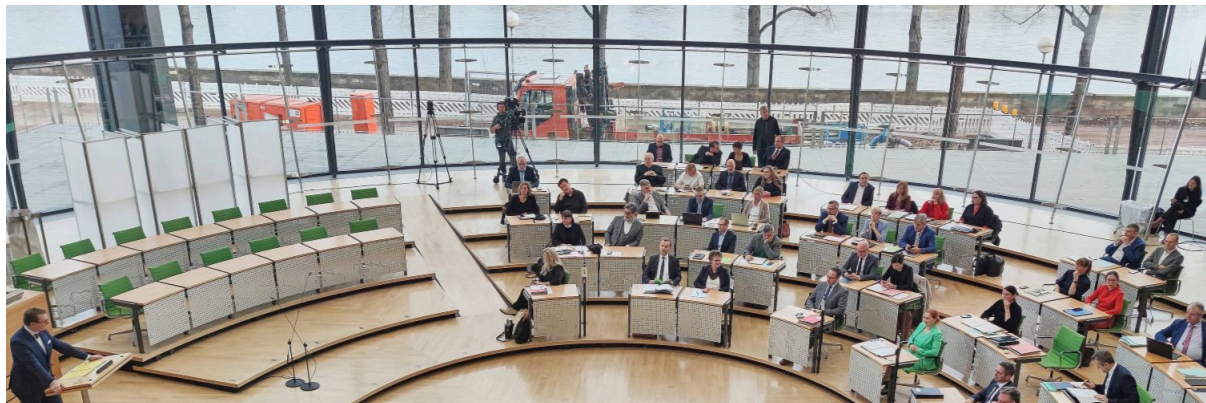
Sozialen Medien bei [Facebook](#), [Instagram](#), [TikTok](#), [X](#) und [YouTube](#). Reinschauen lohnt sich, abonnieren sowieso.

Inhaltsüberblick

(klicken, um direkt zum jeweiligen Abschnitt zu springen)

1. [Rückblick: Was haben wir 2025 erreicht?](#)
2. [Neuer Vorstand gewählt, Nachfolge Zimmermann](#)
3. Themenschwerpunkt: [das neue Polizeivollzugsdienstgesetz](#)
4. Aus dem Alltag eines Fachpolitikers: [Ulf Lange, MdL](#)
5. [Termine und Ankündigungen](#)
6. Wichtige Themen des letzten Quartals (Pressemitteilungen):
 - [Energiepolitik: Versorgungssicherheit statt Wasserstoff](#)
 - [BSW-Forderung: Dyskalkulie bald als Teilleistungsschwäche anerkannt](#)
 - [Angriff USA auf Venezuela: Bruch des Völkerrechts](#)
 - [Kommunalfinanzen: Kassenkredite sind ein Irrweg](#)
 - [Forderung nach Kita-Gipfel stößt auf breite Zustimmung](#)
 - [Corona-Aufarbeitung: widersprüchliche Drogen-Aussagen](#)
 - [Ablehnung der Medienstaatsverträge](#)

1. Ein Jahr im Landtag: Unsere Bilanz 2025



Seit dem Einzug der BSW-Fraktion in den Sächsischen Landtag liegt mehr als ein Jahr intensiver parlamentarischer Arbeit hinter uns. In dieser Zeit haben wir uns als neue politische Kraft mit klarer Haltung und eigener Handschrift etabliert. Während die Bundesregierung weiter auf Konfrontation und Aufrüstung setzt und auch im Freistaat die Minderheitsregierung aus CDU und SPD an der Lebensrealität der Menschen vorbeiregiert, macht die BSW-Fraktion Politik im Interesse der sächsischen Bürgerinnen und Bürger. Wir benennen Probleme und erinnern die Regierung an ihre Verantwortung – auch wenn es mal unbequem wird. Wir haben zentrale politische Vorhaben konstruktiv, aber kritisch begleitet. Die Landzahnarztquote haben wir weiter unterstützt, weil sie eine bessere medizinische Versorgung im ländlichen Raum ermöglicht. Auch beim Thema Windkraft setzten wir

auf Regelungen, die Kommunen und Bürger vor Ort stärker einbinden – statt der ideologiegetriebenen Ausbaupolitik der Grünen.

Eigene Schwerpunkte haben wir aktiv auf die Tagesordnung gebracht: Wir haben uns für eine flächendeckende ambulante medizinische Versorgung starkgemacht und setzen uns für bezahlbare Energie ein – damit Unternehmen vor dem finanziellen Ruin geschützt werden und Beschäftigte nicht mehr um ihre Arbeitsplätze fürchten müssen. Als einzige konsequente Stimme für Frieden haben wir uns zudem für ein Ende des Ukraine-Kriegs eingesetzt und gefordert, dass das 100-Milliarden-Euro-Aufrüstungspaket der Bundesregierung auch in Sachsen diskutiert wird – statt Steuergelder in Kriegsmaschinerie zu stecken, fordern wir auf zu Investitionen in Soziales und Bildung.

Weitere Initiativen reichten vom Kita-Moratorium (bessere Betreuungsqualität in Kitas) über das Handyverbot an Grundschulen bis zur Anerkennung von Dyskalkulie als Lernschwäche und Reformen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, die wir angestoßen haben. Einen Fokus legten wir zudem auf die Risiken munitionsbelasteter Waldgebiete und die konsequente Aufarbeitung der Corona-Pandemie in dem von uns initiierten Untersuchungsausschuss.

Beim Doppelhaushalt 2025/26 haben wir klare Kante gezeigt und gegen den Kürzungshaushalt gestimmt. Das Streichquartett, mit Unterstützung von grünen und linken Mehrheitsbeschaffern, liefert keine Antworten auf die desaströse Finanzlage der Kommunen und die Herausforderungen der sozialen Infrastruktur. Die Regierung setzt auf ein Weiter-so, welches Fehlentwicklungen der letzten 30 Jahre fortschreibt und verwaltet, anstatt sie anzugehen.

Unser politischer Ansatz bleibt pragmatisch, sachlich und alltagsnah.

In Debatten setzen wir auf Lösungen statt ritualisierte Oppositionsrhetorik. Auch in der Ausschussarbeit haben wir gezeigt, dass Kooperation mit Rückgrat möglich ist, ohne unser eigenes Profil aufzugeben.

Für die kommende Zeit bleibt unser Anspruch klar: Wir wollen starke Kommunen, sichere Arbeitsplätze, funktionierende Schulen, gute medizinische Versorgung und ein bezahlbares Leben.

Es braucht einen echten Politikwechsel – weg vom Weiter-so der etablierten Parteien hin zu einer Politik, die echte Verantwortung übernimmt, Vertrauen zurückgewinnt und das Leben der Menschen spürbar verbessert. Mit unserem politischen Programm stärken wir übrigens auch das Vertrauen in das Funktionieren der Demokratie. Dabei haben wir insbesondere auch ostdeutsche Interessen und Lebenslagen im Blick. Wir sagen: Die BSW-Fraktion steht weiterhin als starke Stimme für Vernunft und Gerechtigkeit an der Seite von Arbeitnehmern, Unternehmen, Familien und Rentnern.

2. Neuer Vorstand gewählt



Nachdem Sabine Zimmermann am 13. September 2025 nicht erneut als Landesvorsitzende antrat und wenige Tage später ankündigte, auch den Fraktionsvorsitz abzugeben und ihr Landtagsmandat niederzulegen, wurde beschlossen, den Fraktionsvorstand komplett neu zu wählen. Mit der Wahl vom 27. Januar 2026 wurde Ronny Kupke (rechts) als neuer Fraktionsvorsitzender, Jens Hentschel-Thöricht (2. v.l.) zum Parlamentarischen Geschäftsführer sowie Janina Pfau (4. v.l.) und Dr. Ingolf Huhn (3. v.l.) zu Stellvertretern des Fraktionsvorsitzenden gewählt. Ines Biebrach, vormals Stellvertretende Fraktionsvorsitzende, und Lutz Richter, vormals Parlamentarischer Geschäftsführer, sind aus dem Vorstand ausgeschieden. Prof. Jörg Scheibe (links im Bild) gehört als 3. Vizepräsident des Landtags automatisch und weiterhin dem Vorstand als fünftes Mitglied an. Neu in die Fraktion aufgenommen wurde Eric Recke (38), Medienwissenschaftler aus Leipzig. Eric Recke kennt die Arbeit der Fraktion bereits aus seiner vorherigen Tätigkeit als parlamentarischer Berater für Haushalt, Kultur, Medien, Wirtschaft und Wissenschaft.

3. Das neue Polizeivollzugsdienstgesetz – Balanceakt zwischen Freiheit und Sicherheit



Es ist eines der großen und wichtigen Themen der Landespolitik 2026: Bis zum 30.6., so die Auflage des Sächsischen Verfassungsgerichts, muss das sächsische Polizeivollzugsdienstgesetz geändert werden. Grund war eine Klage verschiedener Gruppen gegen zu scharfe Überwachungsinstrumente. Das Polizeivollzugsdienstgesetz ist zwar der wichtigste Teil, es stehen jedoch auch noch Änderungen an weiteren polizeirechtlichen Vorschriften an.

Das Urteil des SächsVerfGH ist dabei nur ein Grund für die Überarbeitung. So müssen auch endlich verschiedene europarechtliche Vorgaben berücksichtigt werden. Doch auch die Kriminalität von heute ist technisch so fortschrittlich aufgestellt, dass das Gesetz und damit die polizeilichen Möglichkeiten an diese Verbrechensrealität angepasst werden sollen.

„Da waren zum einen die Terroranschläge auf die Weihnachtsmärkte in Magdeburg und Berlin, da war die Polizei im Vorfeld weiter hinter der Verdachtslage“, erklärt Bernd Rudolph, innenpolitischer Sprecher der BSW-Fraktion im Sächsischen Landtag. „Aber Kriminelle nutzen auch intensiv die neueste Technik – das ist eine Entwicklung, mit der die Polizei zurzeit nicht Schritt hält.“

Die BSW-Fraktion im Sächsischen Landtag hat sich intensiv mit der Gesetzesnovellierung beschäftigt. „Wir wollen eine Balance zwischen Freiheit und Sicherheit wahren“, so Rudolph. „In der Diskussion sind Punkte, die unseren Grundsätzen widersprechen und eine zu große Übergriffigkeit von Seiten des Staates darstellen.“ Dabei geht es vor allem um den Einsatz und das Training von KI. „Palantir als System kommt für uns nicht infrage, aber wenn das nicht, was dann? Zum Training eines solchen Systems ist es auch wichtig, anonymisierte Daten zu verwenden. Das wollen wir sicherstellen.“

Ein erster Gesetzentwurf wird für Ende Februar erwartet. „Es ist absehbar, dass das, was sie uns vorlegen werden, für uns nicht zustimmungsfähig ist“, hält Bernd Rudolph fest. „Da werden wir intensiv verhandeln.“

Bernd Rudolph, MdL, Zwickau; Mail: bernd.rudolph@slt.sachsen.de
Mitglied und Obmann im Ausschuss für Inneres, Kommunales und Sport; Mitglied im Petitionsausschuss;
Mitglied der Enquete-Kommission „Kommunalhaushalte“; Sprecher für Digitalisierung; Innenpolitischer Sprecher

4. Aus dem Alltag eines Fachpolitikers: Ulf Lange, Landwirtschaft und Regionalentwicklung



Als landwirtschaftspolitischer Sprecher der BSW-Fraktion im Sächsischen Landtag bin ich Obmann im Ausschuss für Umwelt und Landwirtschaft. Hier befasse ich mich unter anderem mit Themen wie Mercosur-Abkommen, Schutz beziehungsweise

Bejagung von Wolf, Luchs und Biber, Agrarstrukturgesetz, Düngemittelverordnung, Ergebnissen und Folgen der Bauernproteste, dem Waldumbau und mehr.

Ich treffe mich regelmäßig mit Interessenvertretern der verschiedenen Akteure: Landes- und Regionalbauernverband (SLB/RBV), dem Naturschutzbund NABU, dem Verein „Land schafft Verbindung“, dem Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) und vielen anderen.

Noch intensiver ist mein Austausch mit verschiedenen land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, Weingütern, Wasser-/Abwasserzweckverbänden und ähnlichem. Dies ist besonders wichtig, da ich mir dort das Rüstzeug für meine Arbeit hole. Da unsere Fraktion alle Themenfelder und Ausschüsse besetzen muss, wir aber nicht auf jedem Gebiet einen entsprechend bewanderten Abgeordneten aufbieten können, sind in manchen Bereichen – wie in meinem – auch fachfremde Politiker tätig. Das ist nicht schlimm, so geht man wenigstens vorbehaltlos an die Probleme heran, benötigt lediglich zwei Voraussetzungen dazu: Einen ausgewiesenen Experten an meiner Seite sowie den Willen, sich mit der Spezifik des Tätigkeitsbereiches eingehend auseinanderzusetzen.

Ersteren habe ich mit meinem Parlamentarischen Berater Carsten Berg gefunden, letzteres habe ich mir auf die Fahne geschrieben.

Natürlich befasse ich mich zusätzlich mit regionalen Themen meines Wahlkreises. Das eindrucksvollste Erlebnis war dabei meine „Tour de Commune“ genannte Besuchsreise durch die Rathäuser des Erzgebirgskreises, in deren Verlauf ich innerhalb von fünf Monaten zu Gast bei 53 Bürgermeister meiner Heimatregion sein durfte.

*Ulf Lange, MdL, Erzgebirge; Mail: ulfguenter.lange@slt.sachsen.de
Mitglied und Obmann im Ausschuss für Umwelt und Landwirtschaft; Sprecher für Landwirtschaftspolitik;
Sprecher für Regionalentwicklung*

5. Termine und Ankündigungen

- Am Mittwoch und Donnerstag, 4. und 5. Februar 2026, finden die nächsten **Plenartage im Sächsischen Landtag** statt. Dort werden auch drei wichtige Anträge der BSW-Fraktion verhandelt - zur Situation der Landwirte, zum Sachsen-Fonds, zur Sicherheit der Stromversorgung. Wir laden Sie herzlich ein, sich die Sitzungen persönlich von der Zuschauertribüne aus anzuschauen oder dem [Livestream online](#) zu folgen. Einen Überblick über die Debatten gibt es in der [Tagesordnung](#) der Sitzungstage.
- Am 23. Januar 2026 lud die BSW-Fraktion zur Podiumsdiskussion mit Ronald Schatz, Geschäftsführer von Media Tenor – ein Unternehmen, das sich auf Medienanalysen spezialisiert hat, und Alexander Teske, ehemaliger Tagesschau-Redakteur bei der ARD, der über seine Erfahrungen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR) das Buch „Inside Tagesschau“ geschrieben hat. **Das Video der sehr informativen Veranstaltung über die Probleme des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist auf unserem Youtube-Kanal [hier](#) zu sehen.**

6. Themenhighlights des letzten Quartals (nachfolgend veröffentlicht sind die entsprechenden Pressemitteilungen)

Energiepolitik: Versorgungssicherheit statt Wasserstoff (23.1.2026)

Die orientierungslose Energiepolitik der CDU/SPD-geführten Bundesregierungen hat fatale Wirkungen auf Bürger und Unternehmen und trieb Deutschland und den Freistaat Sachsen in eine wirtschaftliche Krise. Anstatt Wasserstoff als Zaubertrank anzupreisen, fordert die BSW-Fraktion im Sinne von Bürgern und Unternehmen eine Neuausrichtung der Energiepolitik. Das Ziel ist Energiesicherheit und Bezahlbarkeit. Der weitere ungebremste Ausbau der un stetigen Energieproduktion aus Wind und Sonne ermöglicht keine Grundlastfähigkeit und damit keine sichere Energieversorgung. Der Ausbau der Netze, der Speicher und vor allem die Digitalisierung der Energieinfrastruktur sind momentan bedeutend wichtigere Schritte.

Derzeit wird Wasserstoff, in fachlich qualifizierten Kreisen auch Hopium genannt, von technikfremden Politikern als Heilsbringer für die Energieversorgung propagiert. Geringe Wirkungsgrade in den Prozessschritten, energieaufwendige Umwandlungsprozesse, die enormen Verluste bedingt durch die Flüchtigkeit des Stoffes und nicht zu vergessen die hohe Explosivität erfordern enorm teure technische Lösungen. Damit ist die weitere Steigerung der ohnehin hohen Energiepreise zulasten der Verbraucher vorprogrammiert.

Ralf Böhme, energiepolitischer Sprecher der BSW-Fraktion im Sächsischen Landtag: „Eine sichere und bezahlbare Energieversorgung und der soziale Frieden sind untrennbar miteinander verbunden. Es ist absurd, bei der Energieversorgung die Emissionen auf ein Minimum absenken zu wollen – noch dazu mit unausgereiften technologischen Verfahren – wenn sich am Ende in Sachsen kein Bürger mehr eine warme Wohnung leisten kann.“

Es gibt in der Welt bis dato kein recherchierbares und dokumentiertes Wasserstoff-Projekt, welches technisch und wirtschaftlich erfolgreich implementiert werden konnte. Das Entwicklungsniveau der technischen Komponenten befindet sich derzeit noch auf einem sehr niedrigen Niveau, so dass anwendbare Wasserstofflösungen in annehmbarer Zeit mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht zur Verfügung stehen werden. Unisono kritisieren EU-Rechnungshof und Bundesrechnungshof hinsichtlich der H2-Strategie, dass die Ziele unrealistisch, die Wirtschaftlichkeitsberechnungen fehlerhaft und technische Voraussetzungen nicht gegeben sind. Der Bundesrechnungshof geht im letzten Bericht davon aus, dass die angestrebte sogenannte Wasserstoffwirtschaft nur mit Dauer-Subventionen überleben kann. Die im von der Staatsregierung vorgelegten zweiten Umsetzungsbericht zur Sächsischen Wasserstoffstrategie beschriebenen Erfolgsmeldungen beziehen sich auf Kongresse, Delegationsreisen, Empfänge, Aus- und Weiterbildungen, Imagefilme und Lobbyarbeit. Diese „Erfolgsmeldungen“ stehen in keinem Verhältnis zu den eingesetzten finanziellen Mitteln.

Die BSW-Fraktion strebt mit einem Antrag im Sächsischen Landtag an, eine Umschichtung der für fragliche Wasserstoffprojekte vorgesehenen Steuergelder

zugunsten des Ausbaus der Netzinfrastruktur und einer flächendeckenden Digitalisierung zu erreichen.

BSW-Forderung: Dyskalkulie bald als Teilleistungsschwäche anerkannt (23.1.2026)

Die BSW-Fraktion im Sächsischen Landtag begrüßt ausdrücklich die vom sächsischen Staatsminister für Kultus bereits öffentlich verlautbarte neue Position, besondere Schwierigkeiten beim Rechnen künftig als Teilleistungsschwäche anerkennen zu wollen. Damit würde die Forderung des BSW endlich umgesetzt. „Es hat zwar einige Zeit gebraucht die Koalition davon zu überzeugen, Kindern mit besonderen Rechenschwierigkeiten endlich Nachteilsausgleiche zu gewähren, doch unser Einsatz hat sich schlussendlich ausgezahlt. Auch aus der Opposition heraus können wir Verbesserungen für benachteiligte Schüler bewirken. Die heutige Abstimmung im Ausschuss für Schule und Bildung ist ein wichtiger Schritt hin zu mehr Chancengleichheit im Bildungssystem“, kommentiert Lars Wurzler, bildungspolitischer Sprecher der BSW-Landtagsfraktion.

Wurzler weiter: „Kinder, die beim Lesen oder Schreiben Unterstützung brauchen, erhalten längst spezielle Förderung. Dass Schüler mit Rechenschwäche bisher keinen Nachteilsausgleich erhalten haben, war schlicht ungerecht. Kein Kind darf wegen einer Teilleistungsschwäche auf der Strecke bleiben.“

Wurzler kündigt an, dass die BSW-Landtagsfraktion den weiteren Prozess aufmerksam begleiten und sich dafür einsetzen wird, dem Problem auch in höheren Klassenstufen Aufmerksamkeit zu schenken. Entscheidend sei nun, dass die Schulen die nötige personelle und fachliche Unterstützung erhalten, um Förderung und Diagnostik auch tatsächlich umzusetzen. „Die Anerkennung von Rechenschwäche darf nicht nur ein symbolischer Schritt bleiben, sondern muss in den Klassenzimmern ankommen“, so Wurzler abschließend.

Hintergrund:

Sachsen erkannte diese gar nicht so seltenen erheblichen Schwierigkeiten vieler Kinder bisher nicht als Teilleistungsschwäche an. Der bildungspolitische Sprecher der BSW-Fraktion, Lars Wurzler, hat sich dieser immer wieder sowohl von Eltern als auch vom Sächsischen Schülerrat beklagten Problematik angenommen. Auf seine zu Jahresbeginn 2025 gestellte Kleine Anfrage zum Thema antwortete das Sächsische Staatsministerium für Kultus, „Dyskalkulie“ sei in Sachsen „keine schulrechtliche Kategorie“. Zwei Broschüren des Landesamtes für Schule und Bildung seien als Unterstützung der Lehrkräfte im Umgang mit betroffenen „rechenschwachen“ Schülerinnen und Schülern in Klassen bis zu 28 Kindern ausreichend.

Kein Handlungsbedarf? Betroffene sahen das gänzlich anders. Warum unterstützt man Kinder mit Problemen im Lesen und richtigen Schreiben, wofür es eine eigene sächsische Verwaltungsvorschrift gibt, nicht aber genauso Kinder, für die Zahlen und Mengen nicht fassbar sind?

Lars Wurzler stellte in deren Interesse einen Antrag auf Anerkennung der Teilleistungsschwäche mit den erforderlichen Nachteilsausgleichen und auf die

Ausbildung von hierauf spezialisierten Lehrkräften Mathematik an jeder Schule. Hinzu gesellte sich eine Petition der Therapeutin Elena Biryukova „Trotz Dyskalkulie/Rechenschwäche guten Abschluss in Sachsen erreichen“, die 877 Unterschriften erreichte.

Nun folgten eine Anhörung im Petitionsausschuss des Landtags am 12. Juni 2025 sowie eine weitere durch den Ausschuss für Schule und Bildung initiierte Expertenanhörung im Sächsischen Landtag am 29. August 2025. Ein hochkarätiges interdisziplinäres Gremium aus Theorie und Praxis erörterte in der vierstündigen Anhörung unterschiedliche, teils erheblich voneinander abweichende Positionen. Die Stimmen mit klarem Votum für die dringende Notwendigkeit einer Anerkennung und frühzeitigen Diagnostik überwogen.

Dennoch kam es zunächst zu einem Änderungsantrag seitens der bildungspolitischen Sprecher der CDU- und der SPD-Fraktion, der den Start des Vorhabens weit in die Zukunft, bis zum Schuljahr 2027-2028 zu verlagern beabsichtigte. Für die jetzt Betroffenen nicht zumutbar und angesichts der umfangreichen Erkenntnisse sowie der Erfahrungen anderer Bundesländer auch unnötig.

Die Positionierung der BSW-Fraktion erwirkte ein Umdenken. In der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion Die Linke wurde erneut beraten. Ein gestaffeltes Vorgehen bereits ab dem Schuljahr 2026-2027 fand nun auch die Zustimmung des BSW.

In der Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung wurde schließlich für die Anerkennung besonderer Schwierigkeiten im Erlernen des Rechnens als Teilleistungsschwäche mit den hierfür notwendigen schulischen Maßnahmen gestimmt, sodass ein Beschluss im Parlament in Kürze erwartet wird.

Die Situation betroffener Kinder und ihrer Eltern wird sich danach grundlegend ändern. Nicht in dem Sinne, dass Rechnen lernen für solche Kinder nicht mehr das Ziel sei, sondern dass ihnen endlich im erforderlichen Umfang Unterstützung und Chancengleichheit zukommen.

Angriff USA auf Venezuela: Bruch des Völkerrechts (4.1.2026)

Die BSW-Landtagsfraktion Sachsen verurteilt die kriegerischen Angriffe der USA auf den Staat Venezuela und die Entführung des Staatspräsidenten Maduro scharf.

„Die Angriffe der USA auf Venezuela sind ein eklatanter Bruch des Völkerrechts. Das Kidnapping des Staatsoberhauptes Maduro ist ein Staatsstreich in Wild-West-Manier und wird die internationale Ordnung weiter beschädigen“, so der friedenspolitische Sprecher der BSW-Landtagsfraktion, Nico Rudolph.

Das BSW steht für das Selbstbestimmungsrecht der Völker und lehnt Einmischungen und Angriffe von außen kategorisch ab.

Es zeigt sich, dass die USA nach wie vor ein Staat sind, der eigene Vorteile über die internationale Sicherheit stellt. Der Krieg gegen die Souveränität Venezuelas wird aus geopolitischen und wirtschaftlichen Interessen geführt, um die riesigen Ölvorkommen Venezuelas in Besitz nehmen zu können. Die völkerrechtswidrigen

Festsetzungen von Öltankern in den letzten Wochen zeigen worum es wirklich geht, Bezüge zu angeblicher Drogenproduktion dienen der Ablenkung.

„Die BSW-Fraktion steht an der Seite des venezolanischen Volkes und seines Rechtes auf demokratische Selbstbestimmung. Trump muss Maduro freilassen, die Angriffe auf Venezuela einstellen und seine Kriegsschiffe unverzüglich aus der Region zurückziehen!“, so Rudolph abschließend.

Kommunalfinanzen: Kassenkredite sind ein Irrweg (2.12.2025)

Die Anhörung zur Situation der Kommunalfinanzen hat die dramatische Lage der sächsischen Städte und Gemeinden deutlich gemacht. Die Kommunen stehen vor einer finanziellen Katastrophe: Allein im Jahr 2025 wird ein Defizit von rund 1 Milliarde Euro erwartet.

„Die Kosten für soziale Leistungen steigen unaufhörlich, gleichzeitig wächst der Investitionsstau in Infrastruktur, Bildung und Kultur. Die Kommunen sind längst an der Grenze ihrer Handlungsfähigkeit“, erklärt Bernd Rudolph, kommunalpolitischer Sprecher der BSW-Fraktion im Sächsischen Landtag.

Rudolph fordert entschiedenes Handeln des Freistaates:

„Es ist klar, dass der Freistaat jetzt Verantwortung übernehmen muss. Den Kommunen Kassenkredite zu ermöglichen, mit denen sie Haushaltslöcher stopfen können, ist ein Irrweg. Damit werden Probleme nur verschoben und die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen weiter geschwächt.“

Die BSW-Fraktion fordert:

- Entbürokratisierung der Förderprogramme – weniger komplizierte Antrags- und Nachweisverfahren, mehr Handlungsspielräume für die Kommunen
- Mehr pauschale Zuweisungen statt kleinteiliger Projektförderungen
- Stärkere Investitionszuweisungen, um Infrastruktur, Kultur und Bildung nachhaltig zu sichern
- Übernahme von Zinsen und Tilgung der Kassenkredite durch den Freistaat, um die Kommunen unmittelbar zu entlasten
- Umfassende Aufgabenkritik, um Zuständigkeiten klar zu definieren
- Strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips: Wer den Kommunen Aufgaben überträgt, muss auch die Finanzierung sicherstellen

„Wir brauchen eine solide und gerechte Finanzierung, die den Kommunen wieder Luft zum Atmen gibt. Nur so können sie ihre Aufgaben erfüllen und die Lebensqualität in Sachsen sichern“, so Rudolph abschließend.

Forderung nach Kita-Gipfel stößt auf breite Zustimmung (21.11.2025)

Im Rahmen der 9. Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung fand eine Anhörung zur Finanzierung der frühkindlichen Bildung statt. Zum Antrag der BSW-Fraktion „Finanzierung der frühkindlichen Bildung und Betreuung neu ausrichten und zukunftssicher gestalten – Einberufung eines Kita-Gipfels unter Beteiligung aller Akteure“ (Drs. 8/2897) und der heutigen Anhörung erklärt Doreen Voigt, Sprecherin für frühkindliche Bildung der BSW-Fraktion im Sächsischen Landtag:

„Die Forderung unserer Fraktion, einen Kita-Gipfel einzuberufen, um die Finanzierung der frühkindlichen Bildung sicherzustellen, ist bei den Sachverständigen auf breite Zustimmung gestoßen.

Selbstverständlich kann ein solcher Gipfel nur der Auftakt für eine Neugestaltung der Finanzierungslogik sein. Der Kita-Gipfel soll in einen strukturellen Reformprozess überführen, an der alle an frühkindlicher Bildung Beteiligten Akteure sowie Eltern, Gewerkschaften und Wissenschaft beteiligt werden. Aktuell fehlt es der Staatsregierung an einer langfristigen Strategie, um die Kitas in Sachsen langfristig stabil, qualitätsorientiert und zukunftsfähig zu gestalten.

Frühkindliche Bildung ist kein Nice-to-have, sondern Kernbestandteil unseres Bildungsauftrages. Die Betreuung, Erziehung und Bildung von unseren Kleinsten darf nicht länger von der Kassenlage abhängig sein. Wir teilen die Forderungen einer Reihe von Sachverständigen, dass eine neue Finanzierungsstruktur unbedingt Inklusion von Anfang an mitdenken muss. Der Umstand, dass wir es mit einer zunehmenden Heterogenität der Kita-Kinder mit ganz unterschiedlichen Bedarfen zu tun haben, muss Berücksichtigung finden. Wenn wir nicht endlich Qualität und Quantität in der frühkindlichen Bildung in Einklang bringen, steht es schlecht um die Bildungschancen unserer Kinder in Sachsen.

Da die Herausforderungen in urbanen Zentren und im ländlichen Raum deutlich variieren, ist es zudem unerlässlich, diese regionalen Unterschiede bei der Neugestaltung der Kita-Finanzierung mitzudenken und verbindlich festzuschreiben. Wir haben ein Umsetzungsproblem der vielfältigen Erkenntnisse. Es braucht endlich Entscheidungen, die die Bedarfe der Kinder, Familien und pädagogischen Fachkräfte in den Mittelpunkt stellen.“

Corona-Aufarbeitung: widersprüchliche Drosten-Aussagen (14.11.2025)

Die Befragung von Prof. Christian Drosten im Corona-Untersuchungsausschuss des Sächsischen Landtages hat erneut deutlich gemacht, wie viele offene Fragen hinsichtlich der wissenschaftlichen Grundlagen, der politischen Entscheidungsprozesse und der tatsächlichen Verantwortungslinien während der Pandemie bestehen. Aus Sicht der BSW-Fraktion sind die Antworten des Virologen ein weiterer Beleg dafür, dass eine umfassende und transparente Aufarbeitung notwendig bleibt.

„Besonders kritisch bewerten wir die wiederholten Widersprüche zwischen den öffentlichen Aussagen und den später geänderten Einschätzungen von Prof. Drosten. So verwies er in der Anhörung darauf, keine politischen Empfehlungen abgegeben zu haben – obwohl er unter anderem Leopoldina-Stellungnahmen mitunterzeichnete, die klare politische Handlungsaufforderungen enthielten, etwa zu harten Lockdowns oder zur Impfung von Kindern. Gleichzeitig räumte er ein, dass zentrale Indikatoren wie die 7-Tages-Inzidenz politisch gesetzte Werte waren, obwohl sie als Grundlage schwerwiegender Grundrechtseingriffe dienen“, so Ines Biebrach.

Ebenso offen bleibt, warum bei der Maskenpflicht für Kinder Warnungen zahlreicher Fachleute kaum Berücksichtigung fanden. Die nun geäußerte Einschätzung, man habe damals keine negativen Auswirkungen erwartet, ist angesichts der bekannten

Unsicherheiten unbefriedigend. Auch bei den Schulschließungen verwies Prof. Drosten erneut auf ein einzelnes historisches Papier – während gleichzeitig frühe RKI-Daten zeigten, dass Kinder deutlich seltener schwer erkrankten und eine geringere Rolle in Transmissionsketten spielten.

Die Befragung machte erneut sichtbar, dass die Datenlage in zentralen Punkten unscharf war, politisch relevante Annahmen aber dennoch mit großer Sicherheit kommuniziert wurden. Aus Sicht des BSW ist genau das eines der Kernprobleme der Pandemiepolitik: Wissenschaftliche Unsicherheit wurde in politische Gewissheit umgewandelt – und führte damit zu unverhältnismäßigen Maßnahmen.

Jens Hentschel-Thöricht stellt abschließend klar: „Wir fordern daher weiterhin eine lückenlose Aufarbeitung der Entscheidungswege, eine klare Trennung zwischen wissenschaftlicher Beratung und politischer Verantwortung sowie transparente Dokumentationen aller Einflussfaktoren. Nur so kann Vertrauen wiederhergestellt und aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt werden.“

Unabhängige Aufklärung ist keine Abrechnung, sondern Voraussetzung für verantwortungsvolle Politik.

Ablehnung der Medienstaatsverträge (29.10.2025)

Der Reformstaatsvertrag und der Jugendmedienschutzvertrag wurden vom BSW abgelehnt. Dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk mangelt es an Akzeptanz seitens eines zunehmenden Anteils der Bevölkerung, weil die Leistungen des ÖRR im Sinne eigentlich zu bietender Neutralität nicht mehr gegeben sind.

Das Bundesverwaltungsgerichts-Urteil vom 15.10.2025 zu den Rundfunkgebühren stützt sich auch auf diesen Gedanken, dass es sich hier durchaus um eine Kunden-Lieferanten-Beziehung handelt, eine Gegenleistungsabgabe. Der zur Abstimmung stehende Reformstaatsvertrag adressiert dieses grundlegende Problem nicht. Dasselbe ist beim Jugendmedienschutzvertrag der Fall. Auch hier werden Probleme wie Jugendschutz nicht realitätsangemessen adressiert. Zudem enthalten viele Formulierungen Hintertüren, um weitere Zensur unliebiger Meinungen zu ermöglichen.

Lesen Sie die Erklärungen zum [Reformstaatsvertrag](#) und dem [Jugendmedienschutzvertrag](#) durch den Abgeordneten Ingolf Huhn gerne im Wortlaut.



Impressum:

BSW-Fraktion im Sächsischen Landtag

V.i.S.d.P. Jens Hentschel-Thöricht (Parlamentarischer Geschäftsführer)

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1

01067 Dresden

E-Mail: bsw-kontakt@slt.sachsen.de

Telefon: 0351 493 4400



Diese E-Mail wurde an {{ contact.EMAIL }} versendet.

Sie haben diese E-Mail erhalten, weil Sie sich für unseren Newsletter angemeldet haben.

[Abbestellen](#)